

ETH im Dienste des Pentagons

Das US-Verteidigungsministerium finanziert Projekte an der Schweizer Bildungsinstitution. Die Zulassungsregeln für Forscher aus China hat die Hochschule hingegen verschärft.

Rafael Lutz

Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) gilt als akademisches Flaggschiff von Weltrang. Laut dem Magazin *Times Higher Education* belegte sie 2024 den elften Platz. Für Forscher gibt es in der Schweiz keinen besseren Ort. Die Standards bezüglich wissenschaftlicher Integrität und Forschungsfreiheit gelten als besonders hoch. Man will die besten Köpfe aus allen Teilen der Welt anziehen, insbesondere auch aus Südostasien.

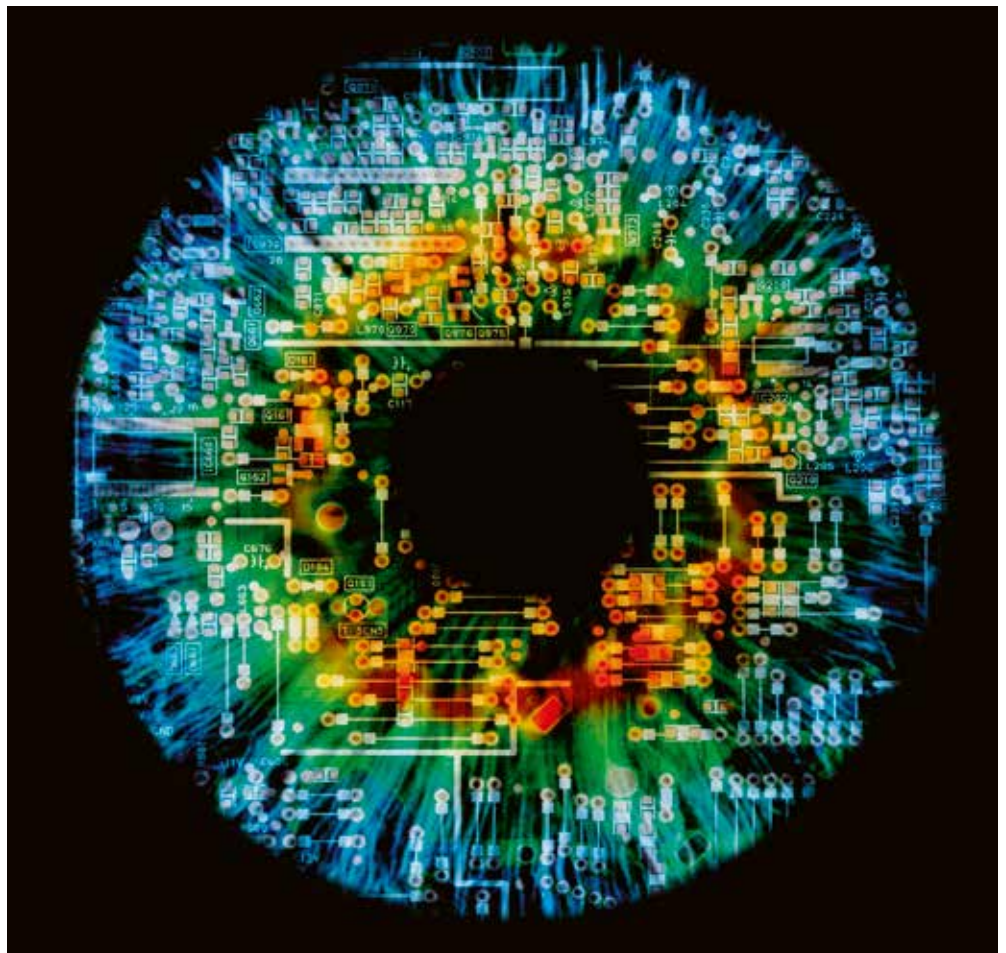
Doch wie ernst meint es die ETH damit wirklich? Recherchen der *Weltwoche* zeigen: Die Hochschule unterhält heute mehrere Forschungsk Kooperationen mit dem US-Verteidigungsministerium, das Projekte mit Fördergeldern im Umfang von zig Millionen Dollar finanziert und die ETH in die aussenpolitischen Interessen Washingtons einspannen lässt.

Bekämpfung von Desinformationen

Gelder vom US-Verteidigungsdepartement erhalten das Departement für Physik, das Laboratorium für Anorganische Chemie, das Center for Security Studies und das Institut für Neuroinformatik der ETH. Dies verdeutlichen Daten der Plattform Highergov, die Verträge und Finanzierungsprojekte der US-Regierung auflistet.

Das Institut für Neuroinformatik bekam unlängst Fördergelder im Wert von 374 400 Dollar vom Air Force Office of Scientific Research für ein Projekt, mit dem im Bereich KI und maschinelles Lernen geforscht wird und das den Titel «Schnelles adaptives Aufgabenlernen nach dem Vorbild hierarchischer (kortikaler) Netzwerke» trägt. Damit erhofft man sich im US-Verteidigungsdepartement, «bioinspirierte KI-Systeme» weiter vorantreiben zu können.

Die US-Luftwaffe für Europa und Afrika unterstützt das Laboratorium für Anorganische Chemie (LAC) der ETH mit 455 000 Dollar. Getüftelt wird an neuen «Quantenlichtquellen», die vielseitig genutzt werden können – sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Das



Tüfteln an bioinspirierten KI-Systemen und Quantenlichtquellen.

Projekt, dessen Laufzeit drei Jahre beträgt, ist im vergangenen Herbst gestartet. Neben den erwähnten Fördergelder-Projekten ist die ETH auch Kooperationsabkommen mit den US-Ver-

Das Ganze offenbart, wie sich die ETH in die Konfrontationspolitik hat hineinziehen lassen.

teidigungsbehörden eingegangen. Ein solches im Umfang von 7,1 Millionen Dollar existiert zwischen dem Departement für Physik der Hochschule und dem Army Contracting Com-

mand (ACC). Untersucht werden soll die «Verschränkung zweier logischer Qubits» mittels «supraleitender Schaltungen», heisst es.

Ein weiteres Kooperationsabkommen des Center for Security Studies (CSS), einem Kompetenzzentrum für Sicherheitspolitik der ETH, läuft über die US-Botschaft in Bern. Im Fokus steht hier die Bekämpfung von sogenannten Desinformationen. Hierfür hat das CSS den US-Wissenschaftler Gavin Wilde eingeladen, der sich mit Beeinflussungsoperationen von Gegnern Washingtons befasst und als Senior Fellow im Technology and International Affairs Program der Denkfabrik Carnegie Endowment for

International Peace tätig ist. Zuvor hatte er auch schon für den Nationalen Sicherheitsrat der USA gearbeitet, wo er für die Region Russland und das Baltikum zuständig war.

Mit dem US-Wissenschaftler ist eine Veranstaltung des Kompetenzzentrums mit Forschern des CSS geplant, die den Titel «Epistemological Threats of Deepfakes» trägt. Verantwortlich ist Daniel Möckli, Leiter der Denkfabrik am CSS. Möckli gehörte 2019 der Arbeitsgruppe «Aussenpolitische Vision Schweiz 2028» an, die im Auftrag von Bundesrat Ignazio Cassis einen Bericht über die künftige Schweizer Aussenpolitik erarbeitete und eine engere Zusammenarbeit mit «gleichgesinnten Ländern» empfahl. Rein legalistisch sind die Kooperationsabkommen der Hochschule nicht weiter problematisch, heikel sind sie aber, weil sich die ETH damit in den Dienst der US-Aussenpolitik stellt. Gewisse Abkommen halten explizit fest, dass diese den Interessen Washingtons und dessen Politik zu dienen haben.

ETH-Mediensprecherin Vanessa Bleich entgegnet: «Die ETH prüft im Vorfeld genau, ob ein Projekt und die daraus entstehenden Resultate und Erkenntnisse für einen militärischen Zweck genutzt werden könnten. In diesem Fall wurden die Projekte als unkritisch eingestuft.» Die Wahl der Forschungsthemen sowie der Forschungspartner unterliege der Forschungsfreiheit der einzelnen Professuren. «Über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hinaus macht die ETH Zürich keine Vorgaben zur Wahl der Partner für Kooperationen.» Die Hochschule betont, dass es sich in allen Fällen um Grundlagenforschung handle. Gleichzeitig räumt man ein, dass die Grenzen zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung teilweise fließend sind.

Pekings Direktzugriff auf Daten

Während die ETH mit den USA fleissig Forschungsk Kooperationen und Projekte betreibt, geht die Hochschule gleichzeitig stärker auf Abstand gegenüber Akademikern aus Ländern, die die USA oder die EU sanktioniert haben. Für sie sind die Sicherheitsvorkehrungen für Master- und Doktoratsstudiengänge verschärft worden. Studenten aus Russland, Iran, Syrien oder China müssen sich einem aufwendigen «security screening» unterziehen, welches die Hochschule jüngst ausgeweitet und systematisiert hat.

Die ETH nennt neben der Herkunft drei weitere Kriterien, die zur Ablehnung des Studiums führen können: frühere Forschungstätigkeiten an einer militärnahen Hochschule; ein heikles Forschungsgebiet, etwa im Bereich der Nukleartechnologie, oder ein Stipendium, das aus «bedenklichen Quellen» stammt. Als solches gilt beispielsweise das Stipendium des China Scholarship Council (CSC), das vom Bildungsministerium vergeben wird. Nicht wenige Akademiker aus dem Reich der

Mitte forschen als CSC-Studenten. In kritischen Fachbereichen wie der Nukleartechnologie werden sie von der ETH sowie auch von der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) inzwischen nicht mehr akzeptiert, wie die *Weltwoche* dank eines Einsichtsgesuches via Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) in Erfahrung bringen konnte. Das Vorgehen der ETH steht im Widerspruch zu den bisherigen strategischen Zielen 2021 bis 2024 des Bundesrats für

«Zugangsbeschränkungen aufgrund der Herkunft sind nicht akzeptabel», sagt Franz Grüter.

den ETH-Bereich. Diese sahen vor, die beiden Hochschulen in Lausanne und Zürich als «Leading House in der bilateralen Forschungszusammenarbeit» mit asiatischen Ländern wie China, Japan und Südkorea zu etablieren.

Ursprünglich hatten die Schulleitungen der beiden ETH am 24. Oktober 2023 beschlossen, CSC-Bewerber a priori abzulehnen. Damals fanden gleich mehrere Sitzungen statt, thematisiert wurde insbesondere die Spionagegefahr, die von Studenten aus Ländern wie China oder Russland ausgehe und vor der der Schweizer Nachrichtendienst (NDB) warnt. Das strenge Vorgehen der ETH führt die Hochschule auf die Situation in China zurück, wo Behörden starken Einfluss auf die Forschung nehmen. 2021 etwa erliess die Volksrepublik zwei Datengesetze, die es der Regierung erlauben, ohne Zustimmung der Informationseigner direkt auf deren Daten zurückzugreifen, sie zu nutzen oder gar zu verändern. Besonders gefragt ist jetzt die Zulassungsstelle der ETH Zürich. Sie entscheidet darüber, ob ein Studienanwärter zugelassen wird oder nicht, und versucht damit, die Spionagegefahren möglichst gering zu halten. Eine immer wichtigere Rolle kommt auch der Exportkontrollstelle der ETH zu, die im Zuge der Revision des Güterkontrollgesetzes 2016 entstanden ist und den Umgang mit Gütern regelt, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Das Gesetz enthält besonders strikte Vorgaben für sanktionierte Länder.

Für die Hochschule geht es darum, dafür zu sorgen, dass keine Güter – darunter fallen auch Technologien oder Software – in sanktionierte Staaten gelangen und für kriegerische Zwecke missbraucht werden können. Von den Sanktionsbestimmungen betroffen sind auch Studiengänge an der ETH. «Ich zeige auf, wo die Risiken sind», sagt Silvia Nast, die die Exportkontrolle leitet, in deren Abteilung inzwischen vier Mitarbeiter tätig sind. Wie viele Gesuche für ein Studium sie zu prüfen hat? «Zurzeit habe ich neunzig Dossiers, die ich zu kontrollieren habe», so Nast gegenüber der *Weltwoche*. Bereits nach der Einführung des Güterkontrollgesetzes 2016 begann die

Hochschule, die Zugangsbestimmungen für Studienanwärter aus sanktionierten Staaten zu verschärfen. Wind davon bekam die breite Öffentlichkeit aber erst im Herbst 2024, nachdem die Medien das Thema aufgegriffen hatten. Das Vorgehen der ETH sorgt für Ärger. Chinesische Studenten äusserten Kritik.

Auch in der Politik sind kritische Stimmen zu vernehmen. «Es ist falsch, Studenten aus China und anderen asiatischen Ländern den Zugang zum Studium zu erschweren», sagt SVP-Aussenpolitiker Franz Grüter. «Die ETH muss für alle Studenten offen sein, Zugangsbeschränkungen rein aufgrund der Herkunft der Studenten sind nicht akzeptabel.» Die ETH sagt, dass die strengen Regeln keine Reaktion auf konkrete Verdachtsfälle seien. Trotzdem stehen Forscher aus China, Russland und Co. nun zunehmend unter Generalverdacht. Bei CSC-Studenten mag es aufgrund der autoritären Politik in Peking dafür gute Gründe geben. Dass es aber bereits genügt, Akademiker aus dem Reich der Mitte wegen ihrer Herkunft auszuschliessen, ist für ein weltoffenes Land wie die Schweiz unwürdig. Das Ganze offenbart, wie sich die ETH in die Konfrontationspolitik des Westens hat hineinziehen lassen. Höchste Zeit, sich hiervon wieder zu lösen.

Pensionierung

AHV

Wie hoch ist mein Anspruch?

Pensionskasse

Rente, Kapital oder beides?

Hypothek

Soll ich amortisieren?

Steuern

Wie kann ich sparen?

Nachlass

Wie sichere ich meine Familie ab?



Bestellen:
[www.vzch.com/
checkliste](http://www.vzch.com/checkliste)

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ VermögensZentrum zählt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

www.vermoegenszentrum.ch

